

Anlage 4 zu TOP 28 öff. Teil – Ratssitzung vom 12.12.2019

Bestehend aus der

Haushaltsrede der

BergAUF-Fraktionsvorsitzenden Claudia Schewior

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2020/2021

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren im Rat, von der Presse, sehr geehrte Ehrenratsmitglieder,

1.) Jahrelang mussten in diesem Rat ja Haushalte nach dem Haushaltssicherungskonzept, also Kürzungshaushalte behandelt werden.

Ich habe also die Freude, in meiner ersten Haushaltsrede direkt zu einem Haushalt sprechen zu können, der erneut nicht mehr diesem Haushaltssicherungskonzept unterliegt, welches die Kommunen ja angeblich zukunftssicher machen sollte.

Also endlich wieder wirkliche kommunale Selbstverwaltung und Daseinsfürsorge für die Bevölkerung? Endlich wieder ein Haushalt, der die Jugend als Zukunft unserer Stadt, ihre Bedürfnisse und den dazu nötigen Schutz der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt stellt?

Das ist unser Anspruch, aber wie sieht die Wirklichkeit aus?

Was wird denn von den Schließungen von Kleinschwimmbädern und Schulen, Kürzungen an Ferienzuschüssen sowie den Gebühren- und Steuererhöhungen für die Bergkamenerinnen und Bergkamener jetzt, nach der Haushaltssicherung zurückgenommen?

Auch nach Aussagen vieler Ratsmitglieder damals wurden dies alles angeblich nur mitgetragen „um nicht in den Nothaushalt zu kommen und so das Schlimmste von der Bevölkerung abzuhalten, bis es dann wieder besser wird!“

Wie aber bereits in all unseren letzten Haushaltsreden prognostiziert, wird es auf diesem Weg überhaupt nicht besser!

Oder soll der nun vorgeschlagene Verzicht auf weitere gravierende Steuererhöhungen bereits als Verbesserung interpretiert werden?

Mit der Methode der Haushaltssicherung wurde eine weitere gravierende Umverteilung weg von der Bevölkerung, den Beschäftigten der Stadt und der Kommune organisiert, während gleichzeitig bei Bund und Land schwarze Nullen geschrieben werden!

Aber wer profitiert davon? Nicht die Bevölkerung oder die Kommunen.

Deren dramatische Situation ist allen hinlänglich bekannt, deswegen ist ja auch das Thema „Altschuldenregelung“ bei Land und Bund in aller Munde.

Nur passieren tut – weder von Seiten der Groko – noch von der CDU/FDP Landesregierung etwas!

Deswegen haben wir hier erneut unseren Antrag gestellt, dass wir uns als Kommune für eine

reale Regelung zur Niederschlagung der Schulden einsetzen. Wenn man nur die Zinsen nimmt, die in all den Jahren gezahlt wurden, so sind diese Schulden doch schon lange beglichen. Aber wir brauchen dauerhaft eine bessere Gemeindefinanzierung, deswegen bezieht sich unser Antrag auch genau darauf. Zur Gewerbesteuer wird von Seiten der Kämmerei ja bereits mit anderen Kommunen gemeinsam daran gearbeitet.

Wir hoffen, dass unser Antrag im nächsten Tagesordnungspunkt entsprechende Zustimmung erhält.

Seit der Gründung von BergAUF 2004 sind wir gegen die Hartz-Gesetze, weil es eben, neben der Kürzung und Drangsalierung von Arbeitslosen wie Beschäftigten, auch genau so ein Umverteilungsgesetz ist.

Leider kann ich Ihnen die genauen Zahlen, mit denen der Haushalt Bergkamens durch dieses Bundesgesetz belastet wird, hier nicht nennen, da wir bis heute von Frau Busch keine Antwort auf unsere Anfrage dazu aus der Haushaltsberatung erhielten.

Wir möchten doch dringend darum bitten, diese noch nachgereicht zu bekommen, auch um zu verdeutlichen, dass wir als Fraktion nicht immer nur Anträge für Ausgaben stellen, sondern auch ganz konkrete und auf exakte Beträge zu berechnende Anträge/Vorschläge zur Steigerung der Einnahmen haben.

2.) Ausgeblendet wird bei all den Zahlen bisher auch, dass wir es bereits mit einem Übergang in eine Weltwirtschaftskrise und einem realen Kriseneinbruch in Deutschland zu tun haben.

Gerade weil die Unternehmen ja meistens jammern, wenn es ihnen gelegen ist, beschäftigen wir uns mit den konkreten Zahlen. Sowohl der Umsatz und als auch der Auftragseingang für die Industrieproduktion in Deutschland sind seit August 2018 rückläufig.

Diese, diesmal nicht so wuchtig wie 2008 losbrechende Wirtschaftskrise wird auch auf diesen Haushalt negativ durchschlagen, mit steigender Arbeitslosigkeit und Rückgang der Gewerbesteuer, weniger Fördergeldern und höheren Zinsen.

Da dies, entsprechend der Vorgabezahlen, in diesem Haushalt nicht berücksichtigt wird, bleibt zu befürchten, dass wir uns allzubald doch noch mit Steuererhöhungen beschäftigen müssen.

Herr Schäfer und Herr Heinzel haben auf gute und wichtige Investitionen im Haushalt hingewiesen, wie den Umbau des Stadtmuseums, die Sportstättenanierung, eine gute Umsetzung von Fördergeldern durch Konjunkturpakete in Schulen usw.

Trotzdem, bei allem positiven Bemühen durch die Kämmerei, im Rahmen des scheinbar Möglichen für die Stadt Bergkamen das Beste rauszuholen, wird mit diesem Haushalt aber auch ein weiteres mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement eingeführte Prinzip auf die Spitze getrieben.

Nämlich, dass Ausgaben in Beton einen Gegenwert in der Bilanz erschaffen und Investitionen für die unmittelbare Daseinsfürsorge für die Menschen als Verluste gelten

Dem entspricht die in einem Presseartikel getroffene Unterteilung in gute und schlechte Schulden! Das Problem ist doch, dass die Kommunen insgesamt zu wenig Geld haben!

Aber um bei der Bilanz zu bleiben, stimmt diese Darstellung sogar rein wirtschaftlich betrachtet langfristig nicht. Denn die Vernachlässigung z.B. der Kinder- und Familienfürsorge, die Überforderung der Familien mit Ängsten, Nöten und Scheinbedürfnissen, geweckt durch Konsumterror-Werbung, die Tatsache, dass immer mehr gesellschaftliche Aufgaben auf die Familien abgewälzt werden, all das

führt doch bereits jetzt zu einem ständigen Ansteigen für die Kosten der Familienhilfen und der Kosten für die Unterbringung von Kindern außerhalb der Familien.

Eine Studie der Uni Bielefeld belegte bereits 2002:

„Ein Euro für den Kindergarten bringt volkswirtschaftlich das Drei- bis Vierfache für die Gesellschaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der GEW an der Universität Bielefeld erstellt wurde. Wer 5.200 Euro in einen Kita-Platz investiert, erzielt damit 20.000 Euro an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung durch ein höheres Familieneinkommen, mehr Steuereinnahmen und zusätzliche Beiträge für die Sozialversicherung.“

(Aktuell aus www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-studie-belegt-volkswirtschaftlichen-nutzen-von-investitionen-in-kitas/)

Das liegt natürlich nicht alles in unserer Hand – aber die Schaffung von ausreichender und qualifizierter Kinderbetreuung für alle Kinder schon! Deswegen haben wir sowohl einen Antrag zur beitragsfreien Kita, als auch der Schaffung neuer Kita-Plätze gestellt.

3.) Bevor ich nun zu weiteren konkreten Anträgen an den Haushalt komme, möchte ich zunächst der Kämmerei für die Erarbeitung des Haushaltes und auch Herrn Ulrich persönlich für die gute Unterstützung unserer Beratungen den Dank unserer Fraktion aussprechen. Es ist ja klar, dass sie alle in der Aufstellung an die Rahmenbedingungen gebunden sind, und ich hoffe, dass sie daher die Kritik an der Haushaltspolitik nicht pauschal als Kritik an ihrer persönlichen Arbeit missverstehen.

Auch meinen Vorrednern, und Ihren Fraktionen an dieser Stelle herzlichen Dank, für Ihre Beiträge und die ausgearbeiteten Anträge. Wie besprochen werde ich auch auf einige davon hier eingehen. Erlauben Sie mir aber zunächst kurz auf die Behandlung unserer Anträge durch Sie einzugehen:

Wer ist denn hier eigentlich populistisch, unsere Anträge ohne inhaltliche Befassung pauschal abzulehnen, wie es meine Vorredner von SPD, CDU und Grüne ankündigten?

Wie sind ein kleine Fraktion und die Besetzung aller Ausschüsse ist auch nicht unser absoluter Schwerpunkt. Ist es ihnen nicht peinlich, so die Unwahrheit zu sagen und zu pauschalisieren, wir würden an keiner Ausschusssitzung teilnehmen? Wer keine Argumente hat, setzt auf die Unkenntnis der Zuhörer. Aber wenn wir schon dabei sind, dann fragen wir doch mal: Wo sind Sie denn alle bei Fridays for Future? Wo sind Sie, wenn es nötig ist, gegen die Vergiftung des Grundwassers in Bergkamen durch die Anhebung des Grubenwassers zu demonstrieren?

Der Antrag zur Sanierung der Toiletten im BALU geht auf einen Besuch unserer sachkundigen Einwohnerin vor Ort zurück. Wenn Sie dies ablehnen, weil wir an einer Ausschusssitzung nicht teilgenommen haben, so müssen Sie dies den Jugendlichen und Mitarbeitern erklären.

4.) Zunächst möchte ich dabei auf die im Haushalt geplanten Ausgaben für die Jugend eingehen. Es ist schon sehr verwunderlich, dass ausgerechnet in diesem Bereich auf einmal **nicht** einmal in Beton investiert werden soll! Bevor hier aber der Falsche in die Schusslinie gerät: Herr Ulrich hat uns gegenüber bekannt gegeben, dass von Seiten der Kämmerei hier nichts gestrichen wurde, sondern vom zuständigen Dezernat (Frau Busch) hier schlicht nichts beantragt wurde.

Gilt die Aufteilung in gute und Schlechte Schulden, nur für Prestige- bzw. Großprojekte in der Stadt, aber nicht für Jugendzentren?

Wir begrüßen daher den Antrag der CDU sehr, die für die Aufrechterhaltung der Investitionen in ein neues Jugendzentrum, und hoffen, dass auch unsere Anträge zur Renovierung der Toiletten im BALU heute Zustimmung findet.

5.) Unsere Ablehnung des Projektes "Wasserstadt", dessen Finanzierung mit diesem Haushalt

fortgeschrieben wird, ist bereits bekannt, deswegen werde ich nicht weiter darauf eingehen. Über ein weiteres Großprojekt, die Internationale Gartenausstellung, haben wir intensiv diskutiert. Natürlich noch einmal besonders nach dem Antrag der CDU. Wir sind zu dem Schluss gekommen, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben nichts grundsätzlich gegen die IGA, aber man weiß noch gar nicht, was wirklich dabei raus kommt, und dafür ist der Anteil der Stadt Bergkamen mit über 3 Mio.€ zu hoch.

Bei der IGA handelt es sich nebenbei ja auch vor allem um ehemalige Bergbauflächen, und da ist es auch die Aufgabe der RAG bzw. jetzt der Nachfolgeunternehmen z.B. Evonik und VivaWest, die vollständige Wiederherstellung für die Nutzbarkeit durch die Allgemeinheit zu übernehmen.

6.)

Den Anträgen zum Ausbau des Radverkehrsnetzes werden wir zustimmen, aber wir möchten betonen, dass dies keinen Ersatz für den Ausbau des ÖPNV darstellt und in diesem Haushalt eine deutliche Schiefelage von Straßenbau zur Förderung des ÖPNV besteht. In den Straßenbau wird mehr als das vierfache investiert, und da sind noch keine Kosten für die L821n eingerechnet, weil diese ja zunächst von Land gezahlt wird.

7.)

Der Punkt Umweltschutz ist ein weiterer in diesem Haushalt, an dem Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klaffen. Die Notwendigkeit des Umwelt-, besonders des Klimaschutzes ist ja in aller Munde. Genauso aber auch die Kritik vieler Kollegen und Einwohner, dass das immer bedeutet, dass sie mehr zahlen sollen, während die großen Konzerne, aber auch der Staat, sich raushalten. Ehrlich gesagt, sieht der Haushalt bisher ähnlich aus. Das einzige Geld das für Umweltschutz investiert wird, ist wohl für eine Stelle, der dann den Bürgern sagt, was sie besser machen sollen.

Warum wurden nicht bereits von den Zuständigen in der Verwaltung, das Aufstellen der vertikalen Windräder geplant? Es ist doch als wichtige Möglichkeit bereits im Klimaschutzprogramm aufgenommen? Kurzum: wir meinen, die Stadt muss hier richtig voran gehen, und haben darum die Anträge auf Aufstellung dieser kleinen, sehr leisen und vogelfreundlichen Windrädern auf der Halde Großes Holz beantragt sowie die Aufstellung von Insektenhotels.

8.) Erwähnen möchten wir auch noch, dass wir dem Antrag der FDP zustimmen es ist eine sehr gute Initiative, die Bevölkerung selbst mehr einzubeziehen, anstatt tendenziell externe Berater Vorschläge für die Interessen der Bevölkerung machen zu lassen.

9.) Zum Schluss möchten wir noch einmal besonders um Zustimmung zu unseren Anträgen zur Intensivierung der antifaschistischen Bildung bitten. Mit der AfD hat in Deutschland eine Partei, die Wegbereiterin des Faschismus ist, erstmals nach dem 2. Weltkrieg wieder erschreckenden Einfluss erhalten. Die Lehre „Wehret den Anfängen!“ muss sich die Jugend dabei heute auf neuem Niveau erarbeiten und zu eigen machen!

Wir alle hier befürchten ja, dass die AfD mit ihrer Demagogie nächstes Jahr auch in Bergkamen zu den Kommunalwahlen antritt. Sie tarnt sich dabei gerne als Protestpartei und Partei für den kleinen Mann.

So fordert die AfD bei den Kommunalfinzen die Abschaffung der Grundsteuer. Hört sich wahrscheinlich für viele Mieter und kleine Hausbesitzer erstmal toll an, ist aber das glatte Gegenteil. Denn die Grundsteuerabschaffung würde vor allem Großgrundbesitzer und Immobilienhaie entlasten, ebenso den RVR und andere Grundbesitzer. Die Kommunen müssten nach der Logik der AfD dann die Gelder durch höhere Gebühren bei den kleinen Leuten wieder reinholen – wo denn sonst? Die AfD ist also in keinsten Weise eine Protestpartei.

In diesem Sinne möchten wir auch hier auffordern, zwischen Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden! Wer will, dass sich wirklich etwas ändert, der kann nicht auf rassistische Stellvertreter setzen, sondern muss selbst aktiv werden!

In diesem Sinne,
Glück AUF!